

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/08/2009
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Dienstag, 01.12.2009
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Verpflichtung der neuen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
2. Wahl des/der Vorsitzende/n des JHA
3. Bestellung der Schriftführerin und ihrer Stellvertreter
Vorlage: 0934/2009
4. Benennung neuer Mitglieder für den Unterausschuss JHA-Jugendhilfeplanung
5. Feststellung der Tagesordnung
6. Mitteilungen
7. Anliegen der Jugendräte
8. Bündnis für Familien
9. Fortschreibung der Kindergarten- Bedarfsplanung 2010/2011
Vorlage: 1000/2009
10. "Kinderschutz in Hagen"- Maßnahmenplanung
Vorlage: 0991/2009
11. Verfahren bei möglichen Kindeswohlgefährdungen
Anlage: Bericht der Verwaltung
12. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Verpflichtung der neuen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden.

Er erklärt, dass in der heutigen konstituierenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses für die Legislaturperiode 2009 bis 2014 auch die Wahl des neuen Vorsitzenden und seines Vertreters vorzunehmen sei. Da es sich bei dem Jugendhilfeausschuss um ein permanentes Verfassungsorgan handele, und dieser solange bestehen bleibe, bis sich ein neuer Jugendhilfeausschuss konstituiert habe, werde er in seiner Funktion als bisheriger Vorsitzender auch noch die Verpflichtung der neuen Jugendhilfeausschussmitglieder vornehmen. Er erläutert die Zusammensetzung und die Aufgabenstellung des Jugendhilfeausschusses. Weiterhin stellt er die neuen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses namentlich vor. Eine entsprechende Übersicht ist der Niederschrift als **Anlage zu TOP 1** beigelegt.

Die Ratsvertreter seien bereits verpflichtet worden.

Er nimmt daher anschließend die Verpflichtung der restlichen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses vor und bedankt sich bei ihnen für die Bereitschaft, in diesem Gremium mitzuwirken.

2. Wahl des/der Vorsitzende/n des JHA

Herr Finkensiep übernimmt als Altersvorsitzender für diesen Tagesordnungspunkt die Leitung der Sitzung. Er bittet um entsprechende Vorschläge.

Herrn Reinke schlägt den bisherigen Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses Herrn Willi Strüwer als neuen Vorsitzenden vor.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Da keine geheime Wahl beantragt wird, bittet Herr Finkensiep die stimmberechtigten Mitglieder um Abstimmung über den gemachten Vorschlag.

Das Ergebnis der Abstimmung ist einstimmig für Herrn Strüwer als neuen Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses.

Herr Strüwer nimmt die Wahl an. Er bedankt sich für das gewährte Vertrauen.

Weiterhin bittet Herr Strüwer um Vorschläge für die Wahl des/der Stellvertreters/in.

Herr Homm schlägt die bisherige Stellvertreterin Frau Sybille Klos-Eckermann vor.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Herr Strüwer lässt über den gemachten Vorschlag abstimmen.

Das Ergebnis der Abstimmung ist einstimmig für Frau Klos-Eckermann als neue Stellvertreterin von Herrn Strüwer.

Frau Klos-Eckermann nimmt die Wahl an.

3. Bestellung der Schriftführerin und ihrer Stellvertreter **Vorlage: 0934/2009**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Eine Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss bestellt für die Wahlzeit des Rates zur Schriftführerin

Frau Sabine Hoglebe

und als

1. Vertreter: Herrn Mario Schöffler
2. Vertreterin: Frau Mechthild Liley
3. Vertreterin: Frau Liane Meyer

Umsetzung: sofort

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4. Benennung neuer Mitglieder für den Unterausschuss JHA-Jugendhilfeplanung

Herr Strüwer erklärt, dass dieser Unterausschuss Jugendhilfeplanung erfahrungsgemäß je nach Bedarf ein- bis dreimal im Jahr tage. In diesem Gremium habe man die Möglichkeit, über weitergehende Themen in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten. Als Mitglieder dieses Unterausschusses könnten nur stimmberechtigte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses benannt werden. Der letzte Unterausschuss sei mit elf Mitgliedern besetzt gewesen.

In diesem Gremium seien Vertreter der im Rat vertretenen Fraktionen, darüber hinaus ein Mitglied des Jugendrates, je zwei Vertreter der Wohlfahrtsverbände und der Jugendverbände vertreten gewesen.

Beim letzten Mal seien die Vertreter auf Zuruf vorgeschlagen worden und vom Jugendhilfeausschuss akzeptiert worden.

Er bittet um entsprechende Vorschläge.

Als Jugendhilfeausschussvorsitzender sei er persönlich in diesem Gremium tätig gewesen und er würde auch bei diesem Verfahren darum bitten, seine Person zu berücksichtigen.

Einvernehmlich einigt man sich auf folgende Vertreter:

- Herr Willi Strüwer, CDU
- Herr Detlef Reinke, CDU
- Frau Sybille Klos-Eckermann, SPD
- Frau Karin Köppen, Bündnis 90 / Die Grünen
- Frau Katrin Helling, FDP
- Herr Jochen Losch, Hagen Aktiv
- Frau Stefanie Grüger, Jugendrat
- Herr Frank Fischer, Ev. Jugend
- Herr Michael Finkensiep, CVJM
- Herr Thomas Haensel, Diakonisches Werk
- Herr Thomas Koslowski, Caritas
- Herr Uwe Feldhaus, AWO

5. Feststellung der Tagesordnung

Es liegen keine Beanstandungen bzw. Änderungswünsche der Tagesordnung seitens der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses vor.

6. Mitteilungen

Dr. Schmidt gibt einen Sachstandsbericht zu der Problematik Arbeiterwohlfahrt / Kindergärten. Er erläutert den neuen Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses, dass die Verwaltung mit der Arbeiterwohlfahrt in einer Auseinandersetzung stehe. Es gehe um ergänzende Finanzhilfen für die AWO zusätzlich zum KiBiz. Die AWO beziehe sich auf alte GTK-Regelungen. Es liege noch ein Uralt-Vertrag vor, der die Arme-Träger-Regelung festschreibe. Man habe sich in dieser Sache den Rat des Rechtsamtes geholt. Man sei sich darin einig gewesen, dass man aufgrund dieser alten vertraglichen Regelungen in eine Zahlungspflicht käme. Seit einigen Tagen liege eine Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des Langtagsabgeordneten Jörg vor, die sich auf verschiedene Ebenen dieser Angelegenheit beziehe. Man habe den BSH als Kindergartenenträger ins Spiel gebracht. Dies habe die Landesregierung in ihrer Antwort verneint. Es sei nicht möglich, bei der Kindergartenplanung gemeinnützige städtische GmbHs aufzubauen. Die ins Auge gefassten Zahlungen an die AWO seien als freiwillig gekennzeichnet worden. Eine Kopie der Antwort der Landesregierung ist der Niederschrift als **Anlage zu TOP 6** beigefügt. Damit stünde man in dieser Sache wieder am Anfang, weil freiwillige Leistungen im Moment verboten seien. Man müsse die Gespräche mit der AWO wiederaufnehmen.

Herr Steuber informiert darüber, dass der Bildungs- und Kulturverein rückwirkend zum 01. März 2008 eine Genehmigung vom Landesjugendamt erhalten habe. Der Verein habe Räumlichkeiten an der Körnerstraße vom Verband islamischer Kulturzentren angemietet. Die Erlaubnis erstrecke sich jetzt auf den Wochenend- und Ferienbetrieb mit Übernachtung für insgesamt 40 Kinder und Jugendliche.

Weiterhin teilt er im Zusammenhang mit dem Ausbau der Kindertagespflege mit, dass bis 2013 in Hagen im Umfang von 32 % eine Ausbauplanung für die unter-3-jährigen Kinder verwirklicht werden solle. So laute der Ratsbeschluss aus Dezember 2008. Jetzt seien konstruktive Gespräche mit drei Anbietern für den Ausbau der Kindertagespflege geführt worden. Die Verträge seien kurz vor dem Abschluss. Es würden nun Finanzmittel benötigt, um diese Dinge zu finanzieren. Er sei zuversichtlich, dass diese Mittel bereitgestellt würden, weil dies die deutlich kostengünstige Variante gegenüber der institutionellen Form der Kindertagesbetreuung sei. Man wolle sich als Kommune aus dem Feld der Akquise, Begleitung und Qualifizierung von Tagesmüttern herausziehen und ab 01.01.2010 auf die freien Träger übergehen lassen.

Herr Goldbach berichtet zum Bolzplatz Eschenweg in Helfe, dass die Klage zurückgezogen sei. Der Frieden im Stadtteil sei wiederhergestellt. Neue Probleme deuteten sich in Halden an. Nach seiner Beurteilung sei die

Verwaltung für die dortigen Probleme an dem Spielplatz nicht verantwortlich. Natürlich sei dies ein ärgerlicher Vorfall für die Betroffenen und werde mit dem Spielplatz in Verbindung gebracht. Der Spielplatz diene als Treffpunkt für Jugendliche, aber es sei nicht nachweisbar, dass es dort einen Zusammenhang gebe. Bei gemeinsam durchgeführten Kontrollen mit dem Ordnungsamt in den Abendstunden und am Wochenende habe es Platzverweise für Jugendliche gegeben, die nicht aus Halden, sondern aus anderen Hagener Stadtteilen gekommen seien. Jugendliche seien heutzutage mobil. Solche Vorkommnisse seien schwer zu verhindern und könnten nicht über die Spielplatzplanung gesteuert werden.

Weiterhin teilt er mit, dass man in den letzten Monaten drei Kooperationsverträge mit Hagener Schulen auf Grundlage des Runderlasses des Schulministeriums abgeschlossen habe, die die Einrichtung von Schulsozialarbeiterstellen ermögliche, wenn es eine Kooperation mit der Kommune gebe. Es handele sich um das Fichte-Gymnasium, das Berufskolleg Cuno II und die Käthe-Kollwitz-Schule. Dort könnten aus dem Lehrstellenplan des Landes zukünftig Sozialarbeiter wirken.

Herr Fischer weist auf ein ausgelegtes Papier hin, in dem es um die „Weichenstellung Bildung und Erziehung“ gehe (**siehe Anlage 2**).

Er wolle diese Mitteilung heute zur Kenntnis geben. Das Papier sei von Mitarbeitern der Caritas, des Diakonischen Werkes und der evangelischen Jugend zusammen mit Schulleitungen erarbeitet worden. Man habe dieses Papier in der Starterschulkonferenz vorgestellt und es sei dort einmütig begrüßt worden. Es mache deutlich, dass man in Hagen aufgrund der Haushaltslage in einer Situation sei, dass die benötigten Plätze im Offenen Ganztage nicht zur Verfügung gestellt würden, weil der kommunale Eigenanteil nicht erbracht werden könne. Das sei eine problematische Situation. Ziel des Papiers sei es, dass die Landes- und Bundesregierung angesprochen werden sollten. Es sei auch schon zu Kontaktaufnahmen gekommen, die jedoch sehr unbefriedigend verlaufen seien, da immer auf andere Verantwortliche verwiesen worden sei. Man erwarte von der Politik, dass für Kinder gedacht und entschieden werde. Das es noch eine Kindertafel gebe, sei ein Skandal, weil die Politik dafür verantwortlich sei, dass alle Kinder in Kindertagesstätten und Schulen versorgt würden. Das Papier werde offiziell dem Oberbürgermeister übergeben werden mit der Bitte, es auch hier im Ausschuss beraten zu lassen. Man wolle versuchen, die drei Ebenen zu einem Hearing nach Hagen einzuladen, um deutlich zu machen, dass alle Beteiligten handeln müssten.

Bis jetzt habe die Stadt sehr verantwortlich gehandelt. In diesem Schuljahr sei es zum ersten Mal so, dass Familien im Offenen Ganztage keine Plätze bekommen hätten, weil die Mittel der Stadt keine Aufstockung der Plätze im Offenen Ganztage zuließen.

Weiterhin weist er auf drei erfreuliche Veröffentlichungen hin.

Der neue interkulturelle Antirassismuskalender sei vom Jugendring herausgegeben worden. Er könne zum Preis von 2 Euro erworben werden.

Im Rahmen des Förderprogramms „Vielfalt tut gut / Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie“ habe man gemeinsam mit der Stadt Hagen eine DVD zu den Wahlaktionen des letzten Jahres herausgebracht und zusammen mit

der ESW ein Theaterstück „Spurensuche“ zur Reichspogromnacht auf den Weg gebracht.

Herr Strüwer dankt Herrn Fischer für die Initiative in Sachen Bildung und Erziehung. Man sei in diesem Gremium in dieser Sache auf einer Seite. Aus vielen Gesprächen in den Ratsfraktionen wisse er, dass dort ein Bewusstsein für die jetzige problematische Situation bestehe, dass Kinder trotz bestehenden Bedarfs keinen Platz im Offenen Ganztage bekämen. Dies sei eine besondere Situation in diesem Jahr und es bedeute nicht, dass nicht doch zukünftig eine Entwicklung möglich sei. Die Diskussion werde durch dieses Papier noch einmal angeheizt, speziell auf das Schuljahr 2010/2011.

Er dankt Herrn Fischer auch für die anderen Projekte, die vorgestellt worden sind.

7. Anliegen der Jugendräte

Frau Fischer berichtet, dass bei den Hagerer Jugendräten ein Jugendforum zum öffentlichen Personennahverkehr in Planung sei. Der Termin sei für die Osterferien des nächsten Jahres angesetzt. Ein genaues Datum gebe es noch nicht.

Frau Grüger informiert darüber, dass 2010 für die Bezirksjugendräte Wahlen anstünden. Dieses Mal wolle man Informationsveranstaltungen direkt an den Schulen machen. Dieses Verfahren solle vor den Sommerferien 2010 abgeschlossen sein.

Weiterhin nimmt sie Bezug auf das stattgefundene Handy-Filmfestival „Clip 2“. Die Preisverleihung im Emil-Schumacher-Museum habe am 20.11.09 stattgefunden. Es sei eine tolle lohnenswerte Veranstaltung gewesen.

8. Bündnis für Familien

entfällt

**9. Fortschreibung der Kindergarten- Bedarfsplanung 2010/2011
Vorlage: 1000/2009**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Haack erläutert die Vorlage.

Herr Dr. Schmidt führt weiter aus, dass sich der Umbau von zur Verfügung stehenden Plätzen der 3 – 6 - Jährigen in Plätze für U – 3 –Jährige zwar einfach anhöre, aber leider aufgrund der verschiedenen Gruppenstrukturen hochkompliziert sei. Für das Kindergartenjahr 2013/2014 hätten die Kolleginnen der Verwaltung unter Einrechnung der Gruppen, die heute voraussichtlich beschlossen würden, einen Überhang von knapp 500 Plätzen ermittelt. Das mache die Größenordnung des Umbaus deutlich, der in Hagen vorzunehmen sei. Leider sei der Umbau aufgrund der unterschiedlichen Strukturen ein hochkompliziertes Verfahren. In der ersten Sitzung des neuen Jahres werde man in einer Vorlage versuchen, diese Dinge nachvollziehbar darzustellen. Vor den Osterferien solle ein beschlussfähiger Vorschlag vorliegen. Tatsache sei, dass der U - 3 - Ausbau Geld koste. Dann werde sich herausstellen, ob die vom Rat ursprünglich beschlossenen Ausbauquoten eingehalten werden könnten. Man wolle das gemeinsam versuchen, aber das sei in Konsolidierungszeiten nicht einfach.

Herr Strüwer möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass es in der Vergangenheit bereits Investitionsprogramme gegeben habe, die leider in Hagen nicht genutzt worden seien. Das bedeute aber nicht, dass das zukünftig nicht anders laufen könne. Das Bewusstsein dafür sei vorhanden. Landesweit sei Hagen ganz weit vorn, wenn es um Deckung der U – 3 – Betreuung gehe. Es sei in Hagen gelungen, innerhalb von fünf Jahren den Anteil derjenigen, die die U – 3 – Betreuung wahrnahmen, zu verfünffachen. Das sei eine gewaltige Leistung, die in besonderem Maße auch dem Engagement der Träger in Verbindung mit der Stadtverwaltung zu verdanken sei. Wenn, wie in der Vorlage dargestellt, Gruppen abgebaut würden, habe das damit zu tun, dass es leider in Hagen zu wenig Kinder gebe, um die vorhandenen Kindertagesplätze voll belegen zu können. Man werde auf Unterstützung des Landes und des Bundes angewiesen sein, um die entsprechenden Zielmarken erreichen zu können. Er möchte von Frau Haack wissen, ob sich die Zahlen in der Vorlage durch das Anmeldeverfahren verändern könnten. Im letzten Jahr sei nach Abschluss des Anmeldeverfahrens nachjustiert worden. Sei das dieses Mal auch so?

Frau Haack antwortet, dass es sich hier um die mit den Trägern abgestimmten Planungszahlen handele. Das spiegele wieder, was in den Einrichtungen möglich sei. Spielraum gebe es immer bei den Stundenkontingenten. Das sei die Entscheidung der Eltern, die im Vorhinein nicht absehbar sei. Unklar sei im Moment noch, ob die 45- Stunden-Betreuung vom Land gedeckelt werde. Man

habe sich an dem Umfang der 45-Stunden-Betreuung orientiert, der im Moment bestehe. Auch bei den U – 3 Plätzen könne sich herausstellen, dass der Bedarf höher sei. Das müsse man dann auch kurzfristig mit Hilfe der Träger regeln, die durch zusätzliche Umwandlungen noch U – 3 – Kinder nehmen könnten.

Frau Klos-Eckermann fragt in Richtung von Herrn Strüwer, welche nicht realisierten Programme er gemeint habe.

Herr Strüwer erklärt, da habe es sich um ein Länderprogramm mit einer 90 %igen Förderungsmöglichkeit bei der U – 3 - Betreuung gehandelt habe. Dort sei im vergangenen Jahr vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe dringend darum gebeten worden, entsprechende Anträge zu stellen. Er habe diese Anfragen an die Fachverwaltung weitergeleitet. Zum damaligen Zeitpunkt sei von Seiten der Stadt darauf nicht zurückgegriffen worden.

Frau Haack merkt in diesem Zusammenhang an, dass eine Vielzahl von Anträgen gestellt worden sei. Die Schwierigkeit habe im Abfluss der Mittel bestanden. Das Projekt müsse erst umgesetzt sein und erst dann hätten die Mittel voll abgerufen werden können. Die Genehmigungen seien immer viel zu spät gekommen, so dass die Träger nicht mehr hätten tätig werden können. Für 2009 sei ein ähnliches Problem entstanden. Im Moment würden die Bescheide für 2009 verschickt. Es sei schwierig, den Umbau jetzt noch vorzunehmen und gleichzeitig abzurechnen.

Herr Strüwer bittet, in schriftlicher Form eine Übersicht über die beantragten Mittel im Rahmen der U – 3 - Investitionsförderung beizufügen (**siehe Anlage 1 zu TOP 9**).

Herr Reinke dankt der Verwaltung für die Vorlage. Er weist auf rechnerische Fehler in der Tabelle hin. Weiterhin sei er von einem Träger angesprochen worden, dass die hier dokumentierte Planung mit ihm nicht abgesprochen gewesen sei und so nicht stimme.

Frau Haack weist darauf hin, dass die Träger alle zu den Runden eingeladen gewesen seien. Alle hätten die Ergebnisse aus den Gesprächen zur Verfügung gestellt bekommen. Sie gehe davon aus, dass Herr Reinke die Einrichtung in der Dümpelstraße angesprochen habe. Die Träger hätten die Möglichkeit gehabt, sich über einen Zeitraum von viereinhalb Monaten zurückzumelden. Vom Träger sei nichts Gegenteiliges gekommen. Man habe den Vorschlag von April als Grundlage für die Planung genommen.

Bezüglich der falschen Zahlen in gewissen Zeilen gibt sie Herrn Reinke recht. Die Zahlen in der Tabelle seien teilweise verrutscht. Die Tabelle sei ursprünglich anders aufgebaut gewesen. Bei Umgestaltung der Tabelle sei es fälschlicherweise zu geringfügigen Veränderungen gekommen. Sie sichert zu, dem Protokoll die korrigierte Tabelle beizufügen (**siehe Anlage 2 zu TOP 9**).

Herr Strüwer schlägt im Hinblick auf die Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Trägern und Verwaltung vor, im Einzelfall zum Telefonhörer zu greifen, um die Dinge zu klären.

Herr Reinke greift den Vorschlag von Herrn Strüwer auf.

Frau Helling nimmt Bezug darauf, dass in der Tabelle 1 die Summe der Plätze und in Tabelle 2 die Anzahl der Kinder aufgeführt sei. Sie fragt nach einer Quote bezüglich der derzeitigen Auslastung der Plätze. Gebe es Berechnungen, welche Betreuungsquote sich nach dem Ausbau und den Streichungen nach der Prognose ergäbe?

Frau Haack antwortet, dass die U – 3 – Plätze in Hagen alle belegt seien. Ganz im Gegenteil habe es nach Abschluss des Anmeldeverfahrens noch 40 Kinder gegeben, die nicht versorgt gewesen seien. Für diese hätten sich dann andere Betreuungsformen gefunden.

Die Planung sei anders herum aufgebaut. Man orientiere sich an den Ausbauquoten, die man festgelegt habe. Es gebe eine Zielmarke von 32 % der Plätze, die man schaffen müsse. Im letzten Jahr habe man von dem prozentualen Anteil linear hochgerechnet, um bis zum Jahr 2013 auf die 32 % zu kommen. Es handele sich hier um die jährlichen Ausbauquoten. Diese seien immer komplett belegt gewesen.

Auf eine weitere Frage von Frau Helling erläutert Frau Haack, dass es sich bei den Plätzen im Bereich der über – 3 – Jährigen um diejenigen handele, die teilweise abzubauen seien. Man müsse jetzt schauen, wo ein Abbau möglich sei.

Herr Strüwer macht deutlich, dass es für den Ausschuss wichtig sei, dass die Familien, die Plätze nachfragten, auch versorgt würden. Man müsse darauf setzen, seitens des Landesjugendamtes zusätzliche Plätze im U – 3 – Bereich zugewiesen zu bekommen, um der erhöhten Nachfrage gerecht zu werden. Wenn die Stadt Hagen den gesetzlichen Anspruch von 32 % erfüllen wolle, müsse man jetzt schon die Möglichkeiten nutzen, die sich durch die Nachfragesituation und die Reduzierung von Regelgruppen ergäben.

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass für die Kinder von 3 – 6 Jahren ein Rechtsanspruch bestehe. Dieser müsse mit einer unveränderten Zielquote von 95 % erfüllt werden. Diese sei bereits mehr als erfüllt, aber im Stadtgebiet völlig ungleichmäßig verteilt. Es wäre wünschenswert, wenn man in jedem Stadtteil die Plätze anbieten könne, die nachgefragt würden. Die Kunst sei es, dort nachzusteuern.

In dem Bereich der U – 3 - Betreuung habe man sich für übernächstes Jahr die Zielquote von 32 % gesetzt, allerdings gebe es hier keinen Rechtsanspruch, aber eine Selbstverpflichtung des Rates. Diese versuche man in einer Quote von 70 % Kindergartenplätzen und 30 % Tagespflege umzusetzen. Er vermute, dass es bereits im nächsten Jahr schwer werde, diese Zielmarke zu erreichen. Die Verpflichtung gehe ja dann weiter bis auf 50 % und irgendwann bestehe dann auch voraussichtlich eine grundsätzliche gesetzliche Verpflichtung. Wenn man die Kommunen frage, wie denn der Bedarf eingeschätzt würde, bekäme man Signale, dass der Bedarf deutlich über 50 % liege. Man müsse den Rat fragen, ob er sich auf die gesetzliche Verpflichtung beschränken wolle.

Herr Strüwer erklärt, dass diese Thematik Anfang 2010 sicher in aller Ausführ-

lichkeit beraten werden müsse.

Frau Schwerdtfeger möchte wissen, wie verbindlich der Beschlussvorschlag zu verstehen sei, da der Elternwille erst nach erfolgtem Anmeldeverfahren feststehe. Werde der Träger dann auf dieser Grundlage nicht verpflichtet, die Planung so umzusetzen?

Weiterhin teilt sie mit, dass sich im Kirchenkreis Hagen eine Trägergemeinschaft gebildet habe und die ersten Kirchengemeinden jetzt ihre Trägerschaft an den Kirchenkreis abgäben. So werde die Vielfalt im evangelischen Bereich im Laufe der Zeit übersichtlicher.

Frau Haack sichert zu, dass im Einzelfall grundsätzlich noch Gespräche geführt würden, wenn die Planung so nicht aufrechtzuerhalten sei.

Herr Steuber macht deutlich, dass es sich hier lediglich um eine Planung handle. Hier werde kein Träger zu einem Ausbau verpflichtet. Die Besorgnis, bei einem positiven Beschluss eine Verpflichtung einzugehen, brauche man nicht haben. Man benötige jedoch einen Auftrag des Rates, dass in diesem Umfang geplant werden solle.

Herr Strüwer wiederholt die Zusage der Verwaltung, dass nachjustiert werde, wenn das Nachfrageverhalten der Eltern nicht der Planung entspreche.

Er stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

- 1) Der Rat der Stadt Hagen nimmt die Fortschreibung der Kindergarten-Bedarfsplanung wie dargestellt zur Kenntnis.
- 2) Die Planung wird zum Kindergartenjahr 2010/2011 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10. **"Kinderschutz in Hagen"- Maßnahmenplanung**
Vorlage: 0991/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Simon erläutert die Vorlage.

Herr Reinke begrüßt den Umstand, dass man sich mehr mit Kinderschutz beschäftigen und dass mehr in Richtung Prävention getan werden sollte. Er beantragt für seine Fraktion allerdings in heutiger Sitzung die erste Lesung der Vorlage. Er bittet die anderen Vertreter der Fraktionen, dort auch für mehr Prävention im Bereich des Kinderschutzes zu werben. Er könne der Vorlage nicht klar entnehmen, welche Maßnahmen denn jetzt vorgeschlagen würden. Ihm fehle die Perspektive, in welche Richtung Prävention gehen sollte. Positiv bewertet er das angesprochene Zusammenwirken von Schule, Jugendhilfe und Gesundheit. Das Projekt der Willkommensbesuche sei nur bis Ende des Jahres finanziell gesichert. Um diesen Baustein müsse man sich dringend kümmern.

Frau Schwerdtfeger bittet Frau Simon um einige konkretere Beispiele. Wie sie der Vorlage habe entnehmen können, seien in den Stadtteilen Vorhalle und Wehringshausen Pilotprojekte von Sozialraumteams geplant. Auch dazu bittet sie Frau Simon um nähere Auskünfte.

Herr Fischer stellt fest, dass die Zielrichtung des Papiers in Richtung Jugendhilfe gehe. Er hielte eine Koppelung an die Arbeit des Jugendförderplans für sinnvoll. Diejenigen, die im Jugendförderplan vernetzt würden, seien ja auch gleichzeitig Akteure innerhalb des beschriebenen Arbeitsbereiches. Dann könne man eine engere Verknüpfung der Entwicklung vorsehen. Es sei wichtig, nicht am Jugendförderplan vorbei zu planen. An der in dem Papier beschriebenen Weichenstellung „Bildung und Erziehung“ würde auch deutlich, welche Entwicklung in den Schulen noch notwendig sei. Es sei dringend geboten, diese Handlungsfelder zu verknüpfen.

Frau Klos-Eckermann erklärt ihre Verwunderung über den Vorschlag von Herrn Reinke, die Vorlage heute als erste Lesung zu betrachten. Sie habe die Vorlage als eine grundsätzliche richtungsweisende Änderung in der Arbeit verstanden. Die einzelnen Vorschläge würden ja in Zukunft sicher noch konkretisiert. Es gehe doch wohl heute eher darum, eine Art Paradigmenwechsel festzustellen. Es solle zum Ausdruck gebracht werden, dass man sich in dieser Stadt grundsätzlich neu aufstellen wolle. Andere Städte seien Hagen im Bereich der frühen Hilfen und des präventiven Kinderschutzes um Längen voraus. Die kommende Vorlage passe hervorragend in dieses Konzept. Die beiden Vorlagen hätten einen ganz konkreten Bezug zueinander. Natürlich müsse das im Rahmen des Jugendförderplans geschehen. Es gehe darum, in Zukunft nicht nur viel menschliches Leid zu vermeiden, sondern eigentlich auch langfristig immense Kosten zu vermeiden.

Sie erwarte von den Ratsmitgliedern im Ausschuss, dass sich diese in ihren Fraktionen für die Sache einsetzten. Heute wolle man den Wechsel in diese Richtung vollziehen. Mehr sei in der heutigen Sitzung nicht gefragt.

Frau Burghardt ist der Meinung, dass dieser Richtungswechsel schon lange überfällig sei. Das sei der erste Schritt in die richtige Richtung. Sie nimmt Bezug auf die bereits angesprochenen Willkommensbesuche, die vom Kinderschutzbund angeboten würden. Sie habe der Vorlage entnommen, dass diese Willkommensbesuche beibehalten werden sollten. Sie macht darauf aufmerksam, dass es dafür keine gesicherte Finanzierung gebe. Man bewege sich seit fast genau zwei Jahren auf dem sehr unsicheren Terrain der nicht gesicherten Finanzierung. Einmal habe man das Glück gehabt, einen Betrag in Höhe von 10.000 € aus dem Sparkassentopf zu erhalten. So könne man aber keine gesicherte präventive Arbeit leisten. Sie zitiert aus der Vorlage, dass ein Ausbau der Besuche auf das ganze Stadtgebiet anzustreben sei. Sie klärt auf, dass dies seit Monaten praktiziert würde. Weiterhin entnehme sie der Vorlage, dass es einer teilweisen Veränderung des Konzeptes bedürfe, um alle Familien zu erreichen. Sollte es sich dabei um inhaltliche Veränderungen handeln, bitte sie darum, Gespräche zu führen. Da wolle der Kinderschutzbund konstruktiv mitwirken. Sie hoffe, dass die Politik in Richtung des Gesamtkonzeptes zu guten Entscheidungen komme.

Frau Simon macht deutlich, dass es in den unterschiedlichen Sozialräumen unterschiedliche Zielgruppen geben werde.

Frau Haack äußert in Richtung von Herrn Fischer, dass er offensichtlich die Verbindung zwischen Kinderschutz und Jugendförderplan vermesse. Ausgangspunkt des Pilotprojektes sei im letzten Jahr der Jugendförderplan und hier insbesondere die Verbindung von Jugendarbeit und Erziehungshilfe gewesen. Man habe sich überlegt, wie man das Anliegen aus dem Jugendförderplan umsetzen könne. Das solle jetzt in Wehringhausen und Vorhalle versucht werden. Es sei ein Zusammenspiel zwischen offener Jugendarbeit, allgemeinen Sozialdienst und Familienzentren. Das Konzept werde gerade erst erarbeitet. Wichtig sei, darauf hinzuweisen, dass alle Einzelbereiche miteinander vernetzt seien.

Herr Reinke antwortet auf den Wortbeitrag von Frau Klos-Eckermann. Er erinnert daran, dass er sich in der Vergangenheit intensiv für den Kinderschutz eingesetzt habe. In dem Bereich werde er sich weiterhin engagieren. Er wiederholt seine Bitte, die Vorlage heute in erster Lesung zu beraten, da er diese in seiner Fraktion so nicht vermittelt bekäme. Da sei noch eine Aufarbeitung nötig.

Herr Haensel erklärt, dass er bezüglich der Spielregeln ein wenig verunsichert sei. Nachdem von den Ausschussmitgliedern unterschiedliche Positionen formuliert worden seien, hätte er gern eine Erklärung, nach der man seine eigene Entscheidung ausrichten könne. Mit dem Beschlussvorschlag würde man nur die halbe Wahrheit treffen.

Eine ganze Reihe von Ergebnissen der Maßnahmenplanung bezöge sich auf Dinge, die man schon habe. Dort könne man nicht vom Ausbau im eigentlichen Sinne sprechen, sondern von einer Restrukturierung. Dann sei der Bereich der zusätzlichen Ressourcen angesprochen. Er fände die Formulierung etwas unglücklich. Jeder der Ausschussmitglieder unterstütze grundsätzlich das Anliegen. Alle wünschten sich sehr gute Angebote im Kontext Prävention. Der Prozess in der vergangenen Periode sei sehr einvernehmlich gewesen. Daran wol-

le er appellieren.

Frau Köppen hat auch ein paar Probleme mit der Vorlage. Sie wolle nicht nur den Ausbau beschließen, sondern den Abbau verhindern. Sie sähe, dass man viele Dinge in der Vergangenheit gar nicht weiter haben erhalten können. Sie erinnert an die Situation in den Jugendzentren, wo es nach Aussage von Herrn Goldbach nicht gelungen sei, Stellen wiederzubesetzen. Es müsse daher ein ganz wichtiges Ziel sein, die Strukturen zu erhalten.

Herr Strüwer erklärt zusammenfassend, dass man sich in der Frage einig sei, dass die Präventionsarbeit forciert und im Zusammenhang mit den Erziehungshilfemaßnahmen gesehen werden müsse. Dies sei schon sehr lange Thema in diesem Ausschuss und sei teilweise bereits gelungen. Man müsse sich klar darüber sein, dass die aufgeführten Projekte nicht mit zusätzlichem Geld realisiert werden könnten.

Tatsache sei, dass die Stadt Hagen keinen genehmigten Haushalt habe. Es sei von der Kommunalaufsicht untersagt worden, zusätzliche Aufgaben anzugehen. Es sei den Ratsmitgliedern auferlegt worden, die Sparbeschlüsse und Konsolidierungsmaßnahmen der nächsten Jahre mitzutragen. Man müsse in diesem Ausschuss sehr gut vorbereitet in solche Diskussionen gehen und im Detail deutlich machen, dass eine bestehende und zusätzliche Investition mittel- und langfristig eine gute Investition sei, die sich auch rechne.

Dieser Punkt sei seines Erachtens noch stärker herauszuarbeiten. Man solle sich daher auch die notwendige Zeit nehmen. Ein schneller Beschluss, der anschließend einkassiert werde, nütze niemandem etwas. Wenn man das Rad bewegen wolle, müsse man noch stärker in die Organisations- und Vernetzungsstrukturen gehen.

Es wäre sinnvoll, sich ein oder zwei Sozialräume herauszunehmen. Man müsse sich dann die Frage stellen, welche Maßnahmen neben den bestehenden Strukturen zusätzlich auf den Weg gebracht werden müssten.

Anschließend müsse man sich Gedanken über die Finanzierung machen. Diese könnten so aussehen, dass die Mittel, die derzeit in das große Geflecht hinein fließen, als Budget zugrunde gelegt würden. Dann könne man eine Budgetvereinbarung über mehrere Jahre abschließen. Es müsse nun ein gemeinsames Konzept aufgestellt werden, das auch eine finanzielle Perspektive habe.

Herr Dr. Schmidt möchte von Herrn Strüwer wissen, warum die Vorlage geschoben werden solle, wenn der Auftrag in der heutigen Sitzung lauten könne, das Projekt stellvertretend in einem Sozialraum zu starten.

Herr Strüwer erwidert, dass der Rat diese Vorlage mit diesem Beschlussvorschlag nicht akzeptieren würde. Das sei seine persönliche Einschätzung. Man diskutiere hier über viele verschiedene Ebenen, die nebeneinander stünden. Diese müssten in irgendeiner Form vernünftig zusammengefasst werden, um den Überblick zu behalten.

Herr Steuber erinnert daran, was von der Verwaltung hier gemacht worden sei. Man habe sich in einen gemeinsamen Planungsprozess mit mehreren Vertretern des Landesjugendamtes begeben. Es sei darum gegangen, festzustellen, welche Angebote man in dieser Stadt habe und was aus Sicht der verschiede-

nen Beteiligten fehle und zu entwickeln sei. Man habe sich bewusst dazu entschieden, den Kinderschutz gemeinsam prozesshaft zu entwickeln. Daher könne in dieser Vorlage nicht detailliert beschrieben werden, welche Maßnahmen an welcher Stelle installiert werden müssten. Der Weg sei, sich heute im Jugendhilfeausschuss und dann im Rat dafür auszusprechen, dass man einen Paradigmenwechsel wolle.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag unter Punkt 1 mehr als einen Paradigmenwechsel beinhalte. Diese Formulierung sei nicht konkret genug. In der Sache sei man sich ja durchaus einig. Man sei sich aber in den Fragen noch nicht einig, ob die Schwerpunkte der konkreten Vernetzung in der Vorlage ausreichend herausgearbeitet worden seien und ob eine Perspektive aufgezeigt sei, wie eine Finanzplanung hinterlegt werden solle. Es müsse ein Weg gefunden werden, deutlich zu machen, dass eine Umstrukturierung auch im Sinne des Kämmerers, der Kommunalaufsicht und gleichzeitig im Sinne der Familien sei.

Frau Burghardt beantragt aufgrund der gemachten Ausführungen, lediglich über Punkt 2 zu beschließen. Dann wären alle Wege noch offen, der Paradigmenwechsel wäre eingeleitet und die Parteien hätten Gelegenheit, sich weiter mit der Sache zu beschäftigen.

Frau Helling kann nicht nachvollziehen, warum sich die Verwaltung schon mit konkreten Maßnahmen beschäftigen solle, wenn eine Finanzierung noch nicht geklärt sei. Es bestünde die Gefahr, dass diese Arbeit umsonst sei.

Dr. Schmidt entgegnet, dass die Mittel aus anderen Bereichen entnommen werden müssten.

Frau Klos-Eckermann weist darauf hin, dass hier im Ausschuss, im Rat und auch in den Fraktionen neue Mitglieder seien, die nicht auf dem gleichen Wissensstand seien wie die alten Mitglieder. Sie nimmt Bezug auf die in letzter Sitzung vorgestellte Dokumentation „Kinderschutz in Hagen“. Sie sei der Meinung, dass jedes Ratsmitglied diese Dokumentation gelesen haben müsse. Sie wäre sehr dankbar, wenn das realisiert werden könne. Diese Dokumentation könne als gute Grundlage für Überzeugungsarbeit in den Fraktionen genutzt werden.

Herr Fischer macht im Hinblick auf mögliche Veränderungen bei bestehenden Maßnahmen darauf aufmerksam, dass es sinnvoll sein könne, mit den politisch Verantwortlichen eine Klärung herbeizuführen, ob es sich bei einer Veränderung um eine neue Maßnahme handle oder um eine Weiterentwicklung bestehender Maßnahmen.

Er begrüße den Vorschlag, mit den freien Trägern und den Verantwortlichen im Jugendamt für die Entwicklung des Kinderschutzes die Arbeitsgemeinschaften zu nutzen, die bereits bestünden. Auch diejenigen, die verantwortlich für die Beschlüsse seien, sollten mit einbezogen werden, um dann eine Ziellinie zu markieren, die auch mit den politischen Vertretern in Arnsberg abgestimmt werden könne.

Herr Strüwer erklärt, dass er den Eindruck habe, dass in der Sache nun Einvernehmen bestehe. Man wolle sich dem Vorschlag von Frau Burghardt anschließen. Der Punkt 2 solle separat abgestimmt werden. Punkt 1 solle zurückgestellt werden.

Man werde die weitere Beratung im Jugendhilfeausschuss bis zum 30.04.2010 führen. Die vielen Vorschläge, die in die Diskussion eingebracht wurden, sollten separat aufgearbeitet werden und der Verwaltung als weitere Grundlage für ihre Arbeit dienen.

Er fragt die Ausschussmitglieder, ob so verfahren werden könne und stellt Punkt 2 des Beschlussvorschlages zur Abstimmung.

Eine Beratung der Vorlage im Rat der Stadt Hagen solle nicht erfolgen.

Die Ausschussmitglieder sind mit dem vorgeschlagenen Verfahren einverstanden.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Hagen beschließt den Ausbau der präventiven Hilfen entsprechend der Verwaltungsvorlage.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input checked="" type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Austausch mit den freien Trägern die Vorschläge in der Verwaltungsvorlage auszuarbeiten und bis zum 30.04.2010 mit einem Finanzierungsplan zu versehen.

Die Verwaltung sieht von einer weiteren Beratung der Vorlage im Rat der Stadt Hagen ab.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
-------------------------------------	------------------------

11. Verfahren bei möglichen Kindeswohlgefährdungen
Anlage: Bericht der Verwaltung

Herr Goebels beschreibt das Verfahren bei möglichen Kindeswohlgefährdungen.

Herr Strüwer bedankt sich bei Herrn Goebels für die gemachten Ausführungen. Dadurch werde ersichtlich, in welcher schwierigen Situation sich die handelnden Mitarbeiter befänden, wenn es darum gehe, den einen oder anderen Weg einzuschlagen. Sie stünden unter einem enormen Druck und einer großen Verantwortung. Es wäre gut, dass es solche Dienstanweisungen gebe, die bei dieser schwierigen Arbeit außerordentlich hilfreich seien.

12. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

Es gibt keine Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.20 Uhr

Gez. Strüwer
Vorsitzender

Gez. Hogrebe
Schriftführerin